

**Haushaltsrede 2012****Bürgermeister Hermann Temme:**

- **Folie 1 (Haushalt 2012)**

Meine sehr geehrten Damen und Herren Ratsmitglieder, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, sehr geehrte Vertreter der Presse.

Überall hört man Krise, sie ist allgegenwärtig: Die Finanzkrise, die Bankenkrise, die Eurokrise, die Soziallastenkrise, die Solidaritätskrise.....überall Krise, Krise, Krise.

Einst sagte Max Frisch:

**„Krise kann ein produktiver Zustand sein. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen“.**

Ich hoffe, die Katastrophe kommt nicht. Aber:

Griechenland ist pleite. Italien, Spanien und Portugal stehen am Abgrund. Die Konsequenz ist: Die Ratingagenturen gehen bei der Einstufung der betroffenen Staaten bis auf Ramschniveau herunter, die Gemeinschaft der EU wackelt. Bei einer europaweiten gemeinsamen Lösung macht Großbritannien nicht mit.

Das staatliche Hilfspaket wird ungeheure Finanzmittel, die zu großen Teilen aus Steuermitteln stammen, verschlingen, die für andere Aufgaben nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Verknappung freier Finanzmittel wird mittelfristig zu höheren Zinsen führen und auch unseren Haushalt belasten. Aber wir haben ja zum Glück einen niedrigen Schuldenstand. Aber nur so wird sich die Katastrophe – der Zusammenbruch der Kapitalmärkte- überhaupt vermeiden lassen.

Ob sich die Insolvenz von derzeit 34 überschuldeten Kommunen in Nordrhein-Westfalen abwenden lässt, muss hingegen bezweifelt werden. „Auch kommunale Insolvenzen dürfen kein Tabu sein“ fordert Heinz Wirtz, Vorsitzender des Steuerzahlerbundes NRW. In den USA sind städtische Pleiten keine Seltenheit.

Von daher gehe ich nicht ganz konform mit unserer Landesregierung, die den finanziell in Not geratenen Kommunen bis 2020 mit insgesamt 3,5 Mrd. Euro helfen will. Das Land erwartet gleichzeitig von den noch nicht überschuldeten Kommunen ihrerseits einen Betrag in Höhe von 2,35 Mrd. Euro – die sogenannte „Abundanzumlage“ zu leisten.

Bei überwiegend strukturell unausgeglichene Haushalten auch dieser sogenannten reichen Kommunen, aus meiner Sicht eine einfach nicht lösbar Aufgabe.

Tatsache ist, dass etwas am System nicht stimmt, insbesondere nicht für die Kommunen, sei es dem Finanzausgleich oder dem Neuen kommunalen Finanzmanagement geschuldet, wenn man bedenkt, dass nur 8 der 396 Städte und Gemeinden in NRW im Jahr 2012 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. In Zeiten, in denen von unserer Bundesregierung Rettungsschirme für andere Länder in Milliardenhöhe aufgespannt werden, wird auf Ebene der Landesregierung zwar auch ein Rettungsschirm für die stark gebeutelten Kommunen aufgespannt, doch leider hat dieser Schirm große Löcher, so dass viele Kommunen nach wie vor einfach im Regen stehen gelassen werden um zu warten bis sie todkrank sind, um ihnen dann wieder, „mit einem Gängelband“ versehen, finanziell zu helfen. Lassen wir es nicht soweit kommen, meine Damen und Herren. Deshalb ist schon jetzt Gegensteuerung angesagt.

So schlägt auch das IT NRW (Statistisches Landesamt) Alarm: Die Verbindlichkeiten der Gemeinden und Gemeindeverbände für die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der Kernhaushalte werden Ende 2011 voraussichtlich einen neuen Höchststand erreichen. Wie IT NRW mitteilt, belaufen sich diese Liquiditätskredite Ende 2011 auf 21,6 Milliarden Euro. Die Verschuldung aus diesen sogenannten Kassenkrediten beläuft sich auf rechnerisch 1.208 Euro je Einwohner in NRW. So beträgt der höchste Pro-Kopf-Verschuldung einer NRW-Kommune aus Kassenkrediten 6.958 €/je Einwohner. Auf einen vergleichbaren Stand summierten sich Ende 2011 mit 22,4 Milliarden Euro (1.258 Euro je Einwohner in NRW) auch die Investitionskredite. Hier weist eine NRW-Kommune mit 4.800 €/Einwohner den höchsten Schuldenstand aus. Nur 16 Kommunen in NRW haben keine Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten. Dazu gehören wir zwar nicht, aber unser Schuldenstand hält sich, wie die folgende Grafik zeigt, durchaus in Grenzen:

- **Folie 2 (Schuldenstand)**

Wir haben im unrentierlichen Bereich (also ohne die Gebührenhaushalte Wasser- und Abwasser) Ende 2012 eine Pro-Kopf-Verschuldung von **246,13 €**. Sie sehen anhand der Grafik, dass wir unseren Schuldenstand immer weiter abgebaut haben.

- **Folie 3 (Pro-Kopf-Verschuldung)**

Auch die Schulden in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung haben wir ständig verringert. Selbst wenn wir diese Pro-Kopf-Verschuldung von **270,87 €** hinzurechnen, haben wir in Brakel einen Schuldenstand von **517,00 € pro Einwohner** und erreichen damit nur 41 % des Durchschnittswertes in NRW.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir legen ihnen heute einen Haushalt vor, mit dem wir weder 2012 ins Haushaltssicherungskonzept noch in den Nothaushalt kommen, mit dem wir auch im nächsten Jahr keine Kassen- und Investitionskredite aufnehmen. Nur im Produkt Abwasserbeseitigung ist eine Kreditaufnahme von 200 T€ vorgesehen.

Ich habe eben von den 34 von 396 Kommunen gesprochen, denen das Land finanziell helfen will, die überschuldet sind oder unmittelbar von der Überschuldung bedroht sind. Das sind Kommunen, die ihr Eigenkapital – also Ausgleichs- und Allgemeine Rücklage, verbraucht haben. Wir werden erst ab 2011 unsere Ausgleichsrücklage in Anspruch nehmen müssen. Um noch einmal auf den erwähnten Anstieg der Kassenkredite zurückzukommen, der Verzehr von Eigenkapital (also Ausgleichs- und Allgemeine Rücklage) muss über Kassenkredite finanziert werden. Ein Teufelskreis, der immer höheren Zinsaufwand produziert und den wir tunlichst meiden sollten.

Dann gibt es noch ca. 165 Kommunen, einschließlich der eben genannten 34, die sich in der Haushaltssicherung befinden. Davon haben 138 kein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept. Auch da sind wir nicht dabei und dahin werden wir auf der Grundlage des Haushaltsentwurfes in 2012 nicht kommen. Aber wir müssen aufpassen und nicht den Fehler machen und z.B. wieder draufsatteln.

Die nächste Zahl betrifft die kommunalen Kassenkredite. Wie ich vorher gesagt habe, beträgt die Zahl landesweit 21,6 Milliarden Euro. Nur 141 der 396 Städte und Gemeinden in NRW haben keine Verbindlichkeiten für die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der Kernhaushalte. Zu den 141 Städte- und Gemeinden gehören auch wir. Auch im nächsten Jahr wollen wir keine Kassenkredite aufnehmen.

Ende 2011 werden planmäßig gut 65 % aller Kommunen im kreisangehörigen Raum ihre Ausgleichsrücklage verbraucht haben. Wir in Brakel nicht.

Diese Zahlen und Fakten belegen, dass wir uns unter finanziellen Aspekten durchaus im besseren Drittel in NRW befinden.

Aber, meine Damen und Herren, es ist uns auch in 2012 nicht gelungen, den Haushalt auszugleichen. Die negativen Zahlen unseres Haushaltsplanentwurfes sprechen für sich selbst. Wir alle hier im Rat der Stadt Brakel sind gemeinsam für das Wohl unserer Stadt verantwortlich und somit dem Wohl der Menschen, die in unserer Stadt leben, gegenüber verpflichtet. Deshalb dürfen auch negative Entscheidungen wie Steuererhöhungen kein Tabuthema sein. Es wäre doch unverantwortlich, wenn wir dann in naher Zukunft mit niedrigen Realsteuerhebesätzen im Haushaltssicherungskonzept landen, um dann unseren Bürgern mit Hebesätzen, die über Landesdurchschnitt liegen, „ganz tief in die Tasche zu fassen“. Daher schlage ich Ihnen vor, die

- **Folie 4 (Anhebung Realsteuerhebesätze)**

- 

- Grundsteuer B                      von 381 v.H.            auf 413 v.H.
- Gewerbesteuer                      von 400 v.H.            auf 411 v.H.

also auf die im letzten Jahr vom Land erhöhten fiktiven Hebesätze anzuheben. Entsprechende Mehrerträge sind bereits im Haushalt eingeplant.

Bei aller Sparsbemühungen können wir es uns auf Dauer nicht leisten; auf jährlich über 300 T€ zu verzichten. Zur Verdeutlichung: Für ein durchschnittliches Einfamilienhaus bedeutet die Erhöhung der Grundsteuer B etwa 20 Euro im Jahr. Dafür –das finde ich- wird in Brakel eine Menge Mehrwert geboten.

Festzustellen bleibt, dass sich im Gemeindefinanzierungsgesetz die Feststellung des Finanzbedarfs als auch die Ermittlung der Steuerkraft nicht mehr an den realen Gegebenheiten orientieren. Aus welchem Grund sollte ein Einwohner in den Großstädten mehr wert sein, als in den kleinen Kommunen. Auch müsste für die Berücksichtigung der Realsteuern ein System differenzierter Hebesätze berücksichtigt werden. Einheitliche fiktive Hebesätze bei den Realsteuern zur Bemessung der Steuerkraft entsprechen nicht der unterschiedlichen Realität in den Städten und Gemeinden. Aufgrund ihrer Lage und Wirtschaftsstruktur können Städte und Gemeinden des ländlichen Raums von den Grundstückseigentümern und Unternehmen nicht die gleichen Hebesätze bei der Grund- und Gewerbesteuer verlangen wie Großstädte. Eine Anhebung der fiktiven Hebesätze in diesem Umfang zwingt die Städte, so auch uns, die tatsächlichen Hebesätze anzuheben, um nicht über die Anrechnung sehr hoher fiktiver Einnahmen „bestraft“ zu werden.

Wir **alle** wollen die **Haushaltssicherung**, also die kommunale Insolvenz vermeiden. Das hört sich banal an, ist jedoch als **wichtigste Zielvorgabe** unabdingbar, wenn wir diesen und die nächsten Haushalte unter schwierigen finanziellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hinbekommen wollen.

Ich glaube, auch mit dem Haushalt 2012 haben wir mit dem einen Auge auf die Weiterentwicklung unserer Stadt und mit dem anderen Auge auf unsere Finanzausstattung geachtet. Wir haben also unsere Hausaufgaben gemacht, für das Riesendefizit im Ergebnisplan sind zum größten Teil andere verantwortlich. So ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die finanzielle Schieflage der Kommunen bundesweit vornehmlich auf einen überproportionalen Anstieg der Soziallasten beruht, dem ohne einen erheblichen finanziellen Beitrag des Bundes nicht begegnet werden kann. Fragen des Arbeitsmarktes, der Altersversorgung, der Eingliederungshilfe für Behinderte und der steigenden Anzahl pflegebedürftiger Personen sind nun mal gesamtstaatliche Aufgaben und insofern auch Sache des Bundes.

Es darf nicht erwartet werden, dass hier die Kommunen immer höhere Standards erfüllen müssen, ohne dafür auch die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Im Gesamthaushalt der Stadt sind rund 5,4 Mio. € an Investitionen eingeplant. Diese Investitionen werden durch Zuweisungen und Investitionszuschüssen finanziert. Den Abschreibungen stehen somit aufzulösende Sonderposten in gleicher Höhe zur Verfügung. Der Haushalt 2012 ist -wie der des Vorjahres- damit ein Musterbeispiel für Generationengerechtigkeit. Kredite werden nicht aufgenommen. Die Haushalte kommender Jahre werden durch Abschreibungen nicht belastet. Lediglich im rentierlichen Bereich im Bereich der Abwasserbeseitigung ist, -wie bereits ausgeführt-, eine Kreditaufnahme von 200 T€ vorgesehen.

Investitionsmaßnahmen über 10 T€ sind zu jedem Produkt dargestellt.

- **Folie 5 (Gesamtinvestitionen 2012)**

So entfallen auf die Stadt Investitionen von	1.283.700 €
auf VUBRA (Bäder und Wasserwerk) von	385.200 €
auf KUBRA (Bauhof, Gebäude, Straßen) von	<u>3.742.363 €</u>
insgesamt:	5.411.263 €

Ich will Ihnen die größeren Investitionen für 2012 einmal vorstellen:

- **Folie 6 (Investitionen Stadt 2012)**

Zunächst die Investitionen von der Stadt in Höhe von 1.283.700 €:

- Grunderwerb 360.300 €,
- Baumaßnahmen 270.000 €,
- Betriebs- und Geschäftsausstattung 653.400 €.

360 T€ sind für den Grunderwerb eingeplant. Für 157 T€ sollen Baugrundstücke erworben werden, davon für die Erweiterung des Baugebietes der Kernstadt 101 T€ und für das Baugebiet Bellersen 56 T€. Weiter sollen 180 T€ Grunderwerbskosten aufgewendet werden, um dann weitere Maßnahmen des Hochwasserschutzes zu realisieren. So z.B. 100 T€ für ein Rückhaltebecken (Forderung Bezirksregierung) im Bereich Siechenbach und 70 T€ bzw. 10 T€ für Maßnahmen in Hembsen und Siddessen.

Die veranschlagten Baumaßnahmen in Höhe von 270 T€ sind alle im Bereich des Hochwasserschutzes angesiedelt. Neben aktivem Hochwasserschutz durch Bau einer Verwallung am Bredenweg mit 60 T€ sind für Verbesserungen der Abflussleistungen der Nethe in Hembsen und Siddessen 30 T€ bzw. 50 T€ vorgesehen.

Der Erlass der EU-Wasserrahmenrichtlinie wird uns in den nächsten 15 Jahren ausgabewirksam im Haushalt begleiten.

Diese EU-Richtlinie verlangt, dass bis 2027 alle Gewässer in einem guten ökologischen Zustand sein müssen. Hierfür sind Grunderwerbe für erforderliche Verbreiterungen erforderlich, damit sich die Gewässer entwickeln können. Die erforderlichen Grunderwerbe, Planerstellungen, Baumaßnahmen, die voraussichtlich einen Mitteleinsatz bis 2027 von rd. 12 Mio. € verlangen, werden zwar mit 80 % bezuschusst, verlangen aber von der Stadt Brakel einen Eigenanteil von 2,4 Mio. €. Dieses ist wieder so ein Beispiel, wo uns von übergeordneten Behörden Kosten verordnet werden. Für 2012 sind zunächst 100 T€ im Haushalt eingeplant. 30 T€ wird uns der Bau einer Fischtreppe kosten, um das ökologische Gleichgewicht von Brucht pp. zu erhalten.

Für 653 T€ soll Betriebs- und Geschäftsausstattung für alle Produktbereiche beschafft werden. Mit Hilfe der Feuerschutzpauschale wird unsere Feuerwehr aufgerüstet, hier die Löschgruppen Erkeln, Frohnhausen und Siddessen, mit 20 T€ soll das Fahrzeug Erkeln restfinanziert und mit je 70 T€ sollen neue Fahrzeuge für Frohnhausen und Siddessen anfinanziert werden. Zur besseren Beladbarkeit und Erhöhung der Einsatzfähigkeit soll der Transporter des Löschzugs Brakel für 19 T€ mit Containern ausgestattet werden. Mit 30 T€ soll die landesweite Einführung des Digitalfunks für Feuerwehren finanziert werden.

Gut 36 T€ setzen wir für unsere EDV-Ausstattung im Rathaus ein, um einem modernen Dienstleistungsunternehmen gerecht zu bleiben und die Sicherheitsstandards zu erfüllen.

Die Realschule soll Mobiliar für den Physikraum und weitere interaktive Tafeln für insgesamt 82 T€ erhalten. Das Gymnasium soll ebenfalls mit interaktiven Tafeln für 20 T€ ausgerüstet werden.

Auch unsere kleineren Kinder werden bedacht, wie jedes Jahr sollen die Kinderspielplätze für 10 T€ mit neuen Geräten bestückt werden. 10 T€ sollen für den Spielplatz in Rheder verausgabt werden.

Für 80 T€ soll die Stadthalle eine neue Bestuhlung erhalten und mit 6.000 € sollen neue Funkmikrofone angeschafft werden, weil ein Betrieb der alten Frequenzen in naher Zukunft nicht mehr möglich sein wird.

#### o **Folie 7 (Investitionen KUBRA 2012)**

Die Kommunalunternehmen „KUBRA“ investieren 3,7 Mio. € wie folgt: 219 T€ für den Bauhof. Hier sollen ein neuer Bulli (34 T€) , ein neuer Traktor (145 T€) und der Restkaufpreis eines Unimog (35 T€) finanziert werden.

Für das Technische Gebäudemanagement sind an Auszahlungen für Investitionstätigkeit insgesamt 1,3 Mio. € vorgesehen. 320 T€ sind für den Ankauf von Grundstücken und Gebäuden (290 T€ für das Stadtteilzentrum Bökendorfer Grund und 30 T€ als Mietkauf Asylbewerberunterkunft). 1 Mio. € ist für die Gebäudesanierung und 1.500 für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bestimmt. Die vielen Einzelmaßnahmen sind zu jedem Produkt im Haushaltsplan aufgelistet, wobei die Fußbodenerneuerung in der Großsporthalle mit 186 T€ betragsmäßig die größte Summe ist.

Das Abwasserwerk investiert rd. 1,1 Mio. €, wobei der Bau eines Retentionsbodenfilters mit 150 T€ nachzufinanzieren ist. Für Notstromaggregate für die Kläranlage Brakel (220 T€) und das Pumpwerk Ostheimer Tor (60 T€) sind insgesamt 280 T€ bereitgestellt. 300 T€ sollen für Kanalsanierungen und 145 T€ für die Erschließung von Baugebieten ausgegeben werden. Mit 100 T€ muss der Fett- und Sandfang in der Kläranlage Hembsen erneuert werden.

Für den Bereich Straßenbau sind weitere Investitionsauszahlungen in Höhe von rd. 1 Mio. € geplant, wobei die Erweiterung der Brücke Königstraße mit 255 T€ und der Ausbau des Parkplatzes am Friedhof mit 125 T€ betragsmäßig die größten Investitionen sind. Die weiteren Investitionsvorhaben sind auch im Einzelnen zu diesem Produktbereich im Haushaltsplan aufgelistet.

- **Folie 8 (Investitionen VUBRA 2012)**

Der im kommunalen Versorgungsunternehmen „VUBRA“ angesiedelte Bäderbereich investiert rd. 85 T€. Auch hier sind die Einzelmaßnahmen im Haushaltsplan aufgelistet.

Unser Wasserwerk investiert nach der Planung rd. 299 T€. Hier sind insbesondere die dringende Sanierung von Hochbehältern und Brunnen vorgesehen, um unseren Bürgerinnen und Bürgern auch in der Zukunft hochwertiges Trinkwasser zu einem günstigen Preis anbieten zu können.

In den parlamentarischen Beratungen geht es darum zu entscheiden, was genau für Brakels Zukunft und Perspektive wichtig ist. Die Verwaltung hat mit dem Haushalt 2012 ein solides Fundament gesetzt. Wir können Brakel immer noch aus eigener Kraft, mit eigener Anstrengung und Initiative nach vorne bringen. Wir haben noch die Möglichkeit, selbst zu gestalten, selbst zu bestimmen, in welche Richtung sich die Stadt entwickeln soll.

Ich wünsche den anstehenden Haushaltsberatungen einen guten Verlauf und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.